Landtag Brandenburg **Drucksache 8/1754**
8. Wahlperiode Neudruck

Antrag

der AfD-Fraktion

Antifaschistischen Terrorismus verhindern – unsere Universitäten dürfen keine Rückzugsräume für Linksextremisten sein

Die Ermordung des amerikanischen Universitätsaktivisten Charlie Kirk durch einen mutmaßlich linksextremistisch motivierten Attentäter am 10. September 2025 stellt eine neue Eskalationsstufe in der politischen Auseinandersetzung westlicher Gesellschaften dar. Unzählige Personen bekundeten kurz nach dem Attentat im Netz, auch in der Bundesrepublik, Häme und Freude über den Tod des 31-jährigen Familienvaters. Journalisten des Öffentlich-Rechtlichen wie Elmar Theveßen oder Dunja Hayali relativierten das Attentat, indem sie die gezielte Ermordung des Republikaners durch seine politischen Positionen erklärten. Dabei bedienten sie sich zum Teil falscher Behauptungen, wie etwa jener, dass Kirk die Steinigung von Homosexuellen befürwortet haben soll.

Obwohl es unstrittig zu sein scheint, dass bei der Ermordung von Kirk ein antifaschistisches Motiv vorlag, wird die gewaltverherrlichende und -legitimierende Ideologie des linksextremen Antifaschismus kaum thematisiert. Nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen wurde der mutmaßliche Attentäter durch linksextreme Ideologie radikalisiert und fiel durch seine Äußerungen zu Kirk bereits der eigenen Familie auf. Zudem befanden sich auf nicht abgefeuerten Patronenhülsen explizit antifaschistische Parolen, wie etwa „Catch this, fascist“ („Fang das, Faschist.“). Diese Adressierung des konservativen Influencers Kirk als „Faschist“ belegt im Gesamtzusammenhang zweifelsohne eine antifaschistische Mordabsicht.

Hier fehlt ein politisches und gesellschaftliches Problembewusstsein. Mehr noch: Erst im März dieses Jahres hat der brandenburgische Staatssekretär Dünow im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur betont, dass der Antifaschismus „die Grundlage jeder demokratischen Arbeit in diesem Land“ sein müsse.

Der Landtag stellt fest:

1. Gewalt darf niemals ein Mittel politischer Auseinandersetzung sein.

2. Die Radikalisierung linksextremistischer Personenzusammenhänge und die Verrohung sympathisierender Milieus in den Redaktionsstuben des Öffentlichen-Rechtlichen und an den Universitäten stellen eine viel zu lang ignorierte Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden und die Sicherheit des öffentlichen Raumes dar.

3. Der Welle der digitalen Blitzradikalisierung linksextremistischer Kreise in Folge der Reaktionen auf Kirks Ermordung, insbesondere an den Universitäten, gilt es nun entschieden entgegenzutreten.

Eingegangen: 16.09.2025 / Ausgegeben: 17.09.2025

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. von den brandenburgischen Hochschulen unverzüglich Informationen einzuholen, welche explizit antifaschistischen Einrichtungen es an den jeweiligen Hochschulen gibt und welche explizit antifaschistischen Organisationen Räumlichkeiten der jeweiligen Hochschulen nutzen und ob sie ggf. aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden,

2. nach Erhalt der unter Ziffer 1 erbetenen Informationen zu prüfen, welche dieser explizit antifaschistischen Einrichtungen und Gruppierungen, die Räumlichkeiten der Hochschulen nutzen, sich öffentlich positiv über die Ermordung von Kirk geäußert haben, um ggf. im Rahmen der Rechtsaufsicht gegenüber der betroffenen Hochschule tätig werden zu können,

3. sogenannten antifaschistischen Organisationen etwaige öffentliche Fördermittel zu entziehen,

4. dem Landtag bis spätestens Ende des IV. Quartals 2025 Bericht über die gewonnenen Erkenntnisse und die ggf. ergriffenen Maßnahmen zu erstatten.

Begründung:

Die Verharmlosung des Linksextremismus hat nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland institutionelle Ausmaße erreicht. In diesem Klima können sich linke Extremisten organisieren und den staatlich befürworteten „Kampf gegen Rechts“ auf eine terroristische Ebene heben. Insbesondere die linksradikalen Umtriebe an den Hochschulen sind hier potenzielle Keimzellen eines gewalttätigen linken Extremismus. Auch in Brandenburg sind derlei Tendenzen bereits zu erkennen. Beispielsweise bereiteten Linksextremisten in den Räumlichkeiten der Universität Potsdam die Blockade des Bundesparteitags der AfD 2025 in Riesa vor, bei der der Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Christoph Berndt, angegriffen und verletzt wurde.

Aufgrund der Tatsache, dass Vertreter der AfD, in Teilen auch der CDU, von linken Stimmen oft gleichlautend als Faschisten und Nazis bezeichnet werden, so wie der ermordete Kirk (gerade an den Universitäten), ist nicht auszuschließen, dass sie Ziele einer linken Radikalisierung hierzulande werden könnten. Die Linksjugend Hanau etwa teilte einen Post mit dem Schriftzug „Rot in Hell, Charlie Kirk“ (Verrotte in der Hölle) und einem Bild des Ermordeten, wie er seine kleine Tochter hält. Die Linksjugend Hannover frohlockte in einem Post, dass „mit einem gezielten Schuss in Kirks‘ Hals (…) das Ende seiner rechtsradikalen (…) Politik besiegelt“ worden sei.

Politiker der AfD sind schon jetzt die am häufigsten gewalttätig angegriffenen Parteivertreter in Deutschland (Bundestag, Drucksache 21/1171). Wenn diesen Radikalisierungstendenzen nicht entschieden entgegengetreten wird, ist mit einer Desintegration der Gesellschaft und schlussendlich dem Ende der Demokratie zu rechnen. Das gesellschaftliche Zusammenleben kann auch trotz harter Auseinandersetzungen nur dann bestehen, wenn Gewalt und gewaltverherrlichende Ideologien entschieden zurückgewiesen werden.